

PRESSEMITTEILUNG



Böblingen, 26. Januar 2012

„Die Streiks im privaten Busgewerbe haben bezogen auf die betroffenen Fahrgäste keine vergleichbaren Auswirkungen wie die jüngsten Streiks bei den kommunalen Unternehmen. Die ver.di-Forderungen gefährden aber den flächendeckenden ÖPNV im Land.“ Eberhard Geiger, Verhandlungsführer des WBO zum Tarifstreit im privaten Omnibusgewerbe.

Weitere punktuelle Streiks im privaten Omnibusgewerbe zu erwarten – Kostensteigerungen um 20 % zu befürchten

Der angekündigte Warnstreik der Omnibusfahrer im privaten Omnibusgewerbe vergangenen Montag hatte keine flächendeckende Wirkung. Zahlen von 1.000 teilnehmenden Omnibusfahrern (so die Gewerkschaft ver.di) können die betroffenen Unternehmer nicht bestätigen; interne Schätzungen gehen von 400 - 500 Teilnehmern aus.

Die Gewerkschaft hatte Busbetriebe in einzelnen Städten herausgegriffen, in denen sie einen ausreichenden Organisationsgrad hat, darunter auch Unternehmen, die viele der gewerkschaftlichen Forderungen schon heute übertariflich erfüllen. Diese Unternehmen müssen jetzt mit weiteren Aktionen rechnen. Soweit Bus-Fahrgäste im ÖPNV des Landes betroffen waren, konnten sie sich aber aufgrund der Ankündigung um alternative Beförderungsmöglichkeiten kümmern. Sollte sich ver.di in den nächsten Tagen entschließen, mit weiteren Streiks zu Lasten der Fahrgäste Druck auf die Omnibusunternehmer zu machen, steht zu befürchten, dass die betroffenen Unternehmen keine Möglichkeit mehr haben, ihre Fahrgäste rechtzeitig zu informieren. Heute wurde wiederum in Reutlingen gestreikt, wo die Verhandlungsführer der beiden Seiten zu Hause sind.

Nach dem Warnstreik, bei dem weniger als zehn der rund 400 privaten Omnibusunternehmer in Baden-Württemberg betroffen waren, ist es nun an ver.di, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Der Forderungskatalog mit insgesamt 24 Punkten bis hin zu einem 13. und 14. Monatsgehalt ist für die Unternehmen indiskutabel, zumal sie in Kürze mit weiteren Belastungen in der Lohntarifrunde rechnen müssen.

Würden alle Forderungen des ver.di-Wunschzettels erfüllt, hätte dies rechnerisch Kostensteigerungen im ÖPNV um teilweise mehr als 20 % zur Folge, die letztlich direkt oder indirekt auf die Fahrgäste durchschlügen. Ein „Durchreichen“ der Kosten an die Stadt- und Landkreise, wie von der Gewerkschaft angedacht, zeugt von wenig Sachkenntnis und Realitätssinn. Die öffentliche Hand will vielmehr Geld im ÖPNV einsparen.

„Wir bedauern sehr, dass ver.di in Reutlingen ohne rechtzeitige Ankündigung in den Ausstand gegangen ist. Die Leidtragenden sind unsere Fahrgäste. Wir halten unser Angebot nach wie vor aufrecht und sind zu weiteren Gesprächen bereit“, so Eberhard Geiger für den WBO.

(Zeichen:2311, Wörter: 354)

Pressekontakt:

WBO
Verband Baden-Württembergischer
Omnibusunternehmer e.V.
Dornierstr. 3, 71034 Böblingen

Klaus Zimmermann

Pressesprecher, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: 07031/623-107, Fax: 07031/623-115, Mobil: 0170-8578153
E-Mail: klaus.zimmermann@busforum.de, Internet: www.busforum.de